



Nationale Hysterie

Seit 2007 kommt es auch bei der Budapest Pride zu massiven Übergriffen. Die jährlich stattfindende Parade für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidentitären Personen, Intersexuellen und Queers (LGBTIQ) muss von der Polizei geschützt werden. Judith Götz und Rosemarie Ortner berichten von den Ereignissen während der diesjährigen, 16. Budapest Pride.

Fotos: radicalqueer.blogspot.eu





Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Ungarn erlangen, insbesondere im Nachbarland Österreich, erhöhte mediale Aufmerksamkeit. Seit ihrer Regierungsübernahme im Frühjahr 2010 betreibt die Partei Fidesz unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Viktor Orbán den Abbau demokratischer Rechte. Dies ist verknüpft mit einem - in vielen Bereichen deutlich spürbaren - völkisch-nationalen Diskurs, der seinen Ausdruck etwa in der symbolträchtigen Umbenennung von Straßen und Plätzen, der Außenpolitik (Konflikte mit der Slowakei und Rumänien; der provokative Großungarntepich der Ratspräsidentschaft in Brüssel) oder der Minderheitenpolitik im Land findet (Arbeitslager für Sozialhilfeabhängige, was zum Großteil Roma betrifft; vgl. *Hinterland* #17) findet.

Dieser völkisch-nationale Diskurs wird von der neofaschistischen Oppositionspartei Jobbik tatkräftig unterstützt. Jobbik, die in ihrer Symbolik und Selbstdarstellung an die nationalsozialistischen Pfeilkreuzler anknüpft, konnte sich bei den letzten Wahlen mit knapp 17 Prozent der Stimmen als drittstärkste parlamentarische Kraft etablieren. Viktor Orbán und die Fidesz, die eine parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit erlangen konnten, verdanken ihren deutlichen Wahlerfolg auch dem Spiel mit dem Feuer solcher Gruppen. Jobbik, die einen militanten Antiziganismus propagiert, gegen „raffendes, jüdisches Kapital“ wettert und den nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg unterzeichneten Friedensvertrag von Trianon annullieren und damit „Großungarn“ wiederherstellen will, grenzt sich jedoch heute vehement von der amtierenden

Regierung ab. Diese gilt den Neo-Faschist_innen als nur scheinbar national. Jobbik setzt ihre Kontakte in das gut organisierte rechtsextreme Netzwerk öffentlich in Szene und unterstützt auch die Gegenmobilisierung zur Budapest Pride.

LGBTIQ-Community in Budapest

Auch die LGBTIQ-Community in Budapest steht nicht außerhalb des völkisch-nationalen Diskurses. Beim Pride-Festival 2011 kristallisierten sich die Debatten diesbezüglich um einen von den Organisator_innen verteilten Anstecker, einer Kokarde, die zur Hälfte die Farben der ungarischen Flagge, zur anderen Hälfte die Regenbogenfarben zeigte. Mit dem Anstecker soll, so eine_r der Organisator_innen, die Hegemonie einer rechten Definition von Zugehörigkeit in Frage gestellt werden, wie Fidesz sie popularisiere. Ungarisch zu sein bedeute „viel mehr“ und nicht die Regierungspartei dürfe vorgeben, wie ungarische Menschen

zu leben hätten. Kritiker_innen wiesen hingegen auf die Gefahren des - immer auf Ausschlüssen basierenden - Nationenkonzepts hin. „Ich bin nicht ungarisch“, sagt ein ungarischer Aktivist und bastelt sich eine Regenbogenkokarde ohne ungarische Farben. Zwei politische Strategien, auf einen Diskurs zu reagieren, in dem LGBTIQ-Menschen mit „nem vagy magyar“

(„Du bist nicht ungarisch“) beschimpft werden. Eine dritte wäre die Emigration: „Ach wenn es nur so wäre!“, meint eine an der Pride teilnehmende Person.

Die ungarische Nation produziert ihre Figuren „nationaler Anderer“. Dieser Diskurs macht nicht halt vor der LGBTIQ-Community und erschwert es, sich zusammen zu tun. Dabei scheint eine Strategie der „joint forces“ doch naheliegend. Auf der Parade fand sich jedoch auch eine Gruppe, die sich „Pink Block“ nannte. Einer der Slogans: „Solidarity with Roma-LGBTIQ!“ Damit reagierten sie auf einen Vorfall bei einer Festival-Party am Vorabend, wo drei Roma Transgender-Personen der Einlass verweigert wurde. Daraufhin kam es zu einem Streit in der Organisationsgruppe. Die drei Personen kommen angeblich aus dem Dorf Gyöngyöspata und haben dort sowohl die aufmarschierten Bürgerwehrruppen zu fürchten (vgl. *Hinterland* #17) als auch von der Roma-Gemeinschaft wenig Unterstützung zu erwarten. In der LGBTIQ-Community in Budapest steht ihre Zugehörigkeit nun ebenfalls zur Debatte.

Antisemitismus und Homophobie

Um ein solidarisches Zeichen gegen diese aktuellen und sich immer mehr zuspitzenden Entwicklungen in Ungarn zu setzen, fand sich in diesem Jahr eine Gruppe von Aktivist_innen des wiener Bündnisses radicalqueer (radicalqueer.blogspot.eu) zusammen, um die Pride in Budapest zu unterstützen. Die seit den 1990ern auch in der ungarischen Hauptstadt stattfindende Parade konnte lange Zeit ohne größere Schwierigkeiten veranstaltet werden. Erst seit 2007 ist sie zum Angriffspunkt von rechten und neonazistischen Gruppen geworden, die die Teilnehmenden physisch angriffen, mit Steinen und Eiern bewarfen und einschüchterten. Ähnlich wie in den Vorjahren wurde auch heuer bereits im Vorfeld versucht, die Pride mit Hilfe von fadenscheinigen Vorwänden und Argumenten zu verbieten. Die Parade selbst konnte nur durch ein massives Polizei- und Security-Aufgebot und weiträumige Absperrungen von Straßen entlang der Route durch Zäune ermöglicht werden. Auch in diesem Jahr nahmen Mitglieder der inzwischen eigentlich verbotenen paramilitärischen „Ungarischen Garde“ an der Gegendemonstration teil, die von der Gruppe „Jugendbewegung der 64 Burgkomitate“ zusammen mit Jobbik-Parlamentarier_innen angemeldet worden war. Es kam zu Flaschen- und Steinwürfen. Einige Gegendemonstranten störten die Pride am Rand mit homophoben und antisemitischen Aktionen. Sie zeigten den „Hitler-Gruß“, hielten Plakate in die Luft, auf denen rosa Winkel mit Galgenstrick und der Text: „So gehört mit Schwulen umgegangen!“ zu sehen waren, artikulierten andere verbale Morddrohungen und Drohungen in Form von gestikuliertem Durchschneiden der Kehle. Auf Videos von der Gegendemonstration sind Sprechchöre zu hören: „Verdreckte Schwuchteln! Verdreckte Juden!“.

Angriffe auf die Parade

An einem zentralen Platz entlang der Route hatten zudem an die 100 Neonazis einen Durchbruchversuch gestartet, der von der Polizei durch den Einsatz von Pfefferspray abgewendet werden konnte und zu einer kurzfristigen Routenänderung der Parade führte. Nach Ende der Pride stürmten etwa 15 Neonazis aus einer Seitenstraße auf die Aktivist_innen aus Österreich. Neben einem Angriff mit einem bestialisch stinkendem Reizspray, der von zwei Frauen durchgeführt wurde, kam es erneut zu Morddrohungen und Hitlergrüßen. Beim Eintreffen der Polizei behaupteten die

So gehört mit Schwulen umgegangen

Neonazis jedoch, sie wären von den LGBTIQ-Aktivist_innen angegriffen worden. Daraufhin wurden alle Aktivist_innen von der Polizei aus dem Bus gezerzt, in den sie geflüchtet waren. Ihnen wurden die Pässe abgenommen

und anschließend einzeln den Neonazis vorgeführt. Diese identifizierten willkürlich zwei Teilnehmer_innen als vermeintliche Täter_innen, die in weiterer Folge auf eine Polizeistation mitgenommen, in Gefängniszellen gesperrt und in den frühen Morgenstunden vernommen und angezeigt wurden. Dass es dabei Aktivist_innen traf, die aus Österreich angereist waren, kann als reiner Zufall gesehen werden, da auch andere Teilnehmer_innen der Parade auf dem Heimweg bedroht und eingeschüchert wurden. Der Angriff war nach weiteren Erkenntnissen eine gut geplante und vorbereitete Aktion. Involviert waren offensichtlich Mitglieder der „64 Burgkomitate Jugendbewegung“ (HVIM) sowie der Abgeordnete der Partei Jobbik, Gyula Györyg Zagyva, der gleichzeitig auch als Vorsitzender der HVIM fungiert und die Anwältin Andrea Borbély vom Jobbik-Rechtshilfedienst, die auch die paramilitärische „Ungarische Garde“ vertritt.

Solidarität mit dem Budapest Pride!

Trotz der vorangegangenen Angriffe stilisierten sich die Täter_innen als Opfer. Die Polizei behandelte die Gruppe aus Wien, offenbar aufgrund einer Intervention des Jobbik-Abgeordneten, forthin als Verdächtige. Diese Umkehrung von Schuld setzt Jobbik systematisch ein, um auch auf juristischem Wege gegen Teilnehmer_innen der Pride vorzugehen. Wenngleich die beiden Aktivist_innen aus Österreich noch in den frühen Morgenstunden wieder frei gelassen wurden, ist bislang noch unklar, ob tatsächlich ein Verfahren gegen sie eingeleitet wird. In jedem Fall zeigt sich jedoch wie in Budapest von unterschiedlichen Seiten versucht wird, Teilnehmer_innen der Pride zu kriminalisieren und einzuschüchtern und wie notwendig gleichzeitig deren Unterstützung ist.<

Judith Goetz und Rosemarie Ortner-
leben in Wien und engagieren sich queer/feministisch gegen Rechts

